BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft 17. Wahlperiode 08.05.08

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Kulturelle Teilhabe für alle ermöglichen

Finanziell schwächer gestellten gesellschaftlichen Gruppen ist die Teilnahme am Kulturleben zu ermöglichen. Mangelnde kulturelle Teilhabe ist sowohl Folge als auch Ausdruck von Armut und insbesondere in einer Großstadt ein fühlbares Zeichen von Ausgrenzung. Um dem nachhaltig entgegenwirken zu können ist es notwendig, allen Bürgerinnen und Bürgern Bremens – unabhängig vom Alter, Einkommen und Wohnort – Zugangsmöglichkeiten zu kulturellen Angeboten zu eröffnen.

Insbesondere Kindern und Jugendlichen darf die Partizipation an altersgerechten kulturellen (Bildungs-)Angeboten nicht verwehrt bleiben.

Um dieses Ziel zu verfolgen, bedarf es einer Gesamtstrategie, die die Erfahrungen mit bisherigen Vergünstigungen bei Eintrittspreisen in Bremer Theatern, Museen und sonstigen Veranstaltungsorten einbezieht, die bestandene Nachfrage bewertet und Verknüpfungen verschiedenster Angebote überprüft (z. B. mit der BSAG). Zu berücksichtigen sind dabei auch Erfahrungen anderer Bundesländer mit dem Kulturticket, das Empfängerinnen und Empfängern von Sozialleistungen mit entsprechendem Nachweis ermöglicht, in einem begrenzten Zeitraum vor Vorstellungsbeginn im Preis deutlich reduzierte Eintrittskarten zu erwerben.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

- 1. zu prüfen, mit welchen Maßnahmen und Angeboten die kulturelle Teilhabe von sozial schwächer gestellten Personen von jung bis alt erreicht werden kann,
- 2. zu prüfen, wie mit den gegebenenfalls daraus entstehenden Mindereinnahmen der Kultureinrichtungen umgegangen werden kann,
- mit öffentlich geförderten Kultureinrichtungen in Verhandlungen mit dem Ziel einzutreten, ein Kulturticket analog dem Berliner Modell des Restkartenverkaufs einzuführen. Dieses soll zunächst auf zwei Jahre befristet werden und dann auf seine Aktzeptanz und Auswirkungen auf die Einrichtungen überprüft werden,
- 4. der Stadtbürgerschaft über die Ergebnisse der Prüfungen und Verhandlungen bis zum 31. Oktober 2008 Bericht zu erstatten und darzulegen, wie die Zugangsbarrieren für die kulturelle Teilhabe aller Bremerinnen und Bremer abzubauen sind.

Sükrü Senkal, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Karin Krusche,

Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen